

Taliban signalisieren Verhandlungsbereitschaft – und die NATO?

Die zweite Petersberg-Konferenz steht bevor

Otmar Steinbicker

Im Dezember 2011 wird auf dem Petersberg bei Bonn – nach 10 Jahren – die zweite Petersberg-Konferenz stattfinden. Die Leitung der Konferenz soll die afghanische Regierung übernehmen. Über 1 000 Delegierte aus 90 Staaten werden erwartet. Wird man Vertreter der Taliban darunter sehen? Wenn man den politischen Ausgleich mit der Insurgenz will, muss man mit der Insurgenz, also den Aufständischen, sprechen und wenn man eine Konferenz zur Lösung des Afghanistankonflikts einberuft, dann muss man dorthin auch die Vertreter der Insurgenz einladen, meint Otmar Steinbicker.

Die Nachricht, die die *New York Times* am 3. August 2011 in einem Korrespondentenbericht von Alissa J. Rubin online veröffentlichte, war an Sensationsgehalt kaum zu überbieten: „Die Taliban signalisieren Interesse an Verhandlungen“.

Nicht, dass es nicht schon vorher Interesse der Taliban an Verhandlungen gegeben hätte. Doch niemals zuvor hatten diese sich öffentlich dazu bekannt. Die öffentliche Version lautete immer: Keine Verhandlungen vor dem Abzug der internationalen Truppen. Am 28. Juli erschien dann plötzlich auf der Taliban-Website *Alemarab* als Hinweis ein Beitrag, der eine Abkehr von dieser Haltung andeutete. Zabiullah Mujahid, der Pressesprecher der Taliban, beeilte sich daraufhin, internationalen Journalisten zu erklären: Ja, der Beitrag sei auf der Website gepostet worden, doch er sei nicht die offizielle Taliban-Position. Zugleich wiederholte Mujahid aber immer wieder die Kernaussagen dieses Beitrags. "Die öffentliche Position der Taliban hat eine Evolution erlebt" bestätigte denn auch der UNO-Repräsentant in Afghanistan, Staffan de Mistura, gegenüber der *New York Times*.

Für Insider kam die Nachricht nicht ganz überraschend. Seit langem hatten afghanische und internationale Vermittler die Taliban gedrängt, endlich öffentlich ihre Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu erklären, um mehr der dringend nötigen Dynamik in einen Dialogprozess zu bringen. Doch sie wussten auch: Eine solche öffentliche Erklärung war und ist für die Taliban nicht ohne Risiko. Der pakistanische Geheimdienst ISI (*Inter-Services Intelligence*) hatte den Taliban mehrfach unmissverständlich deutlich gemacht, dass er keine Gespräche und Verhandlungen hinter seinem Rücken dulden werde. Solange dieses Verbot nicht überschritten wird, können die Taliban Pakistan als Rückzugsraum nutzen, ansonsten gibt es Repressalien. So wurde 2010 der Taliban-Führer Mullah Barader, der mit dem früheren UNO-Repräsentanten in Afghanistan, Kai Eide, Gespräche geführt hatte, in Pakistan inhaftiert, nachdem zuvor schon auf sein Haus ein Bombenanschlag verübt worden war.

Angesichts der jetzigen Risikobereitschaft kann die Gesprächsbereitschaft der Taliban nicht als taktisches oder Propagandamanöver abgetan werden. Es handelt sich offensichtlich um eine

ernst gemeinte Absicht. Das sollte der Westen bedenken, wenn jetzt bei wem auch immer Gesprächsangebote der Taliban eingehen.

Auch Mullah Omar, der religiöse Führer der Taliban, sprach in seiner jährlichen Botschaft zum Ende des Ramadan von einer „klaren und unabhängigen Agenda für Friedensgespräche“, wie die afghanische Nachrichtenagentur *Pajwok* am 29. August meldete. Die Taliban würden das afghanische Volk über Details dieser Agenda informieren.

Diese Information steht allerdings noch aus und unklar bleibt vor allem, welche Vorstellungen von einer Verhandlungslösung die Taliban in solche Gespräche einbringen wollen. Die Vorstellungen von einer Verhandlungslösung sind allerdings bei den westlichen Verhandlungspartnern bisher auch nicht präziser formuliert.

Präzise Vorstellungen legte dagegen unlängst Naqibullah Shorish, Stammesführer des größten afghanischen (Paschtunen-)Stammes und Gründungsmitglied der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans, im bisher detailliertesten Friedensvorschlag vor.

Der „Shorish-Plan“ sieht mehrere Phasen vor

1. Vertrauensbildende Maßnahmen einschließlich Waffenstillstand.
2. Eine weitere „Petersberg-Konferenz“ unter Vorsitz der UNO, die einen Zeitplan für einen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan festlegt.
3. weitere Gespräche und Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, innerafghanisch, international und zwischen ISAF und Aufständischen.
4. Bildung einer Übergangsregierung für zwei Jahre.
5. Aufbau neuer Sicherheitsorgane aus den bisherigen nationalen Sicherheitskräften und den Widerstandskämpfern.

Shorish knüpft mit seinen Vorschlägen auch an Überlegungen an, die

ISAF-Offiziere und hohe Taliban-Führer im Juli und August 2010 bei Geheimgesprächen in Kabul entwickelt hatten und als praktikabel ansahen. Diese hoffnungsvollen Gespräche waren im Oktober 2010 leider von der ISAF abgebrochen worden.

Darüber hinaus ermöglicht die jetzt offiziell geäußerte Gesprächsbereitschaft der Taliban auch, Gespräche mit ihren offiziellen Vertretern zu führen. In der Vergangenheit hatte es immer mal Verlautbarungen über Gespräche gegeben. Spektakulär hatte sich 2010 ein Gesprächspartner als Hochstapler erwiesen. Bei anderen Gesprächen traten ehemalige prominente Taliban auf, über deren Kontakte zur gegenwärtigen Taliban-Führung nur gemutmaßt werden konnte.

Die Gesprächsbereitschaft der Taliban kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt – die Folgekonferenz zehn Jahre nach der Petersberger Konferenz von 2001

Für Anfang Dezember lädt die Bundesregierung zu einer großen Afghanistan-Konferenz auf den Bonner Petersberg ein. Insgesamt über 1 000 Delegierte aus 90 Staaten werden erwartet. Die Leitung der Konferenz soll die afghanische Regierung übernehmen.

Drei Themenschwerpunkte sollen nach Angaben der Bundesregierung im Vordergrund stehen:

- die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung bis 2014;
- das weitere internationale Engagement für Afghanistan im Anschluss daran
- und der politische Prozess, also die innerafghanische Aussöh-

nung und Integration ehemaliger Taliban-Kämpfer.

Ausdrücklich wird die angekündigte Dezember-Konferenz als Folgekonferenz zehn Jahre nach der Petersberger Konferenz von 2001 bezeichnet. Als sich am 27. November 2001 die Teilnehmer der ersten Petersberger Konferenz trafen, waren gerade die Taliban besiegt und nach Pakistan vertrieben worden. Damals ging es darum, eine Übergangsregierung zu bilden, an der alle bedeutenden Volks- und Interessengruppen beteiligt sein sollten. Die Idee war gut, die Ausführung unzureichend.

Bestimmend in dieser Konferenz war die gegen die Taliban siegreiche Nordallianz, die zu diesem Zeitpunkt bereits *de facto* die Macht in Afghanistan ausübte. Sie gab vor, die Interessen der Tadschiken, Usbeken und Hazara zu vertreten. In der größten Bevölkerungsgruppe – die der Paschtunen – hatte die Nordallianz so gut wie keine Anhänger. Auch die Paschtunen waren in Bonn vertreten, vor allem durch den aus seinem langjährigen römischen Exil ange-reisten ehemaligen afghanischen König Mohammed Zahir und seine Gefolgschaft. In Afghanistan hatte diese Gruppe bereits seit Mitte der siebziger Jahre keinen nennenswerten Einfluss mehr. Nicht vertreten waren die Taliban und auch so gut wie nicht ihr traditionelles Umfeld in den paschtunischen Stämmen. Die Posten in der anschließend gebildeten Übergangsregierung wurden entsprechend vergeben: Einige Schlüsselpositionen wurden *de facto* von westlichen Regierungen mit ihnen genehmen Exilpolitikern nicht-paschtunischer Herkunft besetzt, andere gingen direkt an Vertreter der Nordallianz, darunter auch an einige berüchtigte Warlords und Kriegsverbrecher.

Die Ergebnisse der ersten Petersberg-Konferenz trugen wesentlich mit dazu bei, dass sich schon bald der Aufstand gegen die als Besatzung



Denkmal der Afghanistan-Konferenz, Dezember 2001. Standort: Vor dem Maritim-Hotel in Königswinter

Bild: Leit bei Wikipedia

empfundenen internationalen Truppen entwickelte und ausbreitete; die Taliban, deren Vertreibung ganz Afghanistan als Befreiung erlebt hatte, konnten wieder zurückkehren und wurden von vielen Afghanen allmählich als „kleineres Übel“ akzeptiert.

Heute, zehn Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz, ist Afghanistan innerlich zerrissen. Die von den Taliban dominierte Aufstandsbewegung hat weite Teile des Landes erfasst und damit deutlich gemacht, dass sie ein nicht zu unterschätzender Faktor im Land ist. Die von US-General Petraeus verkündete Strategie, die Taliban-Führer zu töten, haben die Taliban umgedreht und mit zum Teil spektakulären Anschlägen gegen prominente Regierungsvertreter demonstriert, dass sie auf diese Weise von der NATO nicht zu zerstören sind. Die NATO wiederum macht mit ihren Bombardements deutlich, dass auch die Taliban nicht siegen können.

Für die kommende Petersberger Konferenz steht daher die Aufgabe im Raum, den Realitäten Rechnung zu tragen und nach einer politischen Verhandlungslösung zu suchen.

Bereits im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung vom Dezember 2010 hieß es: „Auch wenn die von den Vereinten Nationen mandatierte internationale Militärpräsenz einen entscheidenden Beitrag in Afghanistan leistet, kann der dortige Konflikt nicht allein militärisch gelöst werden. Der Weg zu einem stabilen und sicheren Staat erfordert letztlich eine 'politische Lösung', einen Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz“ (S.62).

Wenn man den politischen Ausgleich mit der Insurgenz will, muss man mit der Insurgenz, also den Aufständischen, sprechen und wenn man eine Konferenz zur Lösung des Afghanistankonflikts einberuft, dann muss man dorthin auch die Vertreter



der Insurgenz einladen! Ob aber Vertreter der Taliban zu der Konferenz im Dezember 2011 nach Bonn eingeladen werden und falls ja, ob sie auch teilnehmen werden, ist nach Aussage der Bundesregierung derzeit völlig offen. Der US-Botschafter in Kabul hatte in einer Pressekonferenz *de facto* eine Teilnahme der Taliban untersagt.

Wenn beide Seiten ernsthafte Gespräche mit dem Ziel aufnehmen wollen, Verhandlungen über eine Friedenslösung zu führen, dann sollten beide Seiten auch keine Zweifel an ihrer Verhandlungsbereitschaft aufkommen lassen. Ein Lackmustest für eine solche Bereitschaft wäre ein von beiden Seiten zu vereinbarendes und einzuhaltendes Waffenstillstand, wenn nicht gleich für ganz Afghanistan, dann zumindest für eine definierte Region. Einen solchen Versuch hatte es bereits 2009 gegeben. Damals kam es auf Initiative von Vermittlern aus der afghanischen und deutschen Friedensbewegung zu einem Waffenstillstandsangebot der Taliban für die Region Kundus und in Zusammenhang mit Gesprächen auf hoher NATO-Ebene zu einem zeitweisen einseitigen Waffenstillstand der Taliban in dieser Region. Diese Bemühungen scheiterten leider an fehlender Bereitschaft der NATO und auch der Bundesregierung.

Älteste und Vertreter der Distriktverwaltung aus Herat trafen sich zu einer Shura (Konsultation auf Basis der islamischen Rechtssprechung) in Shiavashan bei Guzarah am 23. Juni 2011.

Bild: "Elders Shura in Shiavashan, a Commitment for Peace" von isafmedia bei flickr.com

Mit Sicherheit braucht es auch eine internationale Verhandlungsebene und eine weitere Neuauflage der Petersberg-Konferenz nach 2011, wenn es irgendwann ernsthafte Verhandlungen über eine Friedenslösung für Afghanistan geben soll. Für substanzielle Ergebnisse ist der gewählte Zeitraum der kommenden Konferenz Anfang Dezember sicherlich zu früh. Aber „Petersberg 2“ könnte ein wichtiges Signal der Verhandlungsbereitschaft senden und damit den Weg frei machen für eine ernsthafte internationale Konferenz zur Lösung des Afghanistan-Konflikts, sozusagen „Petersberg 3“!

Zum Autor

Der Journalist Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins – www.aixpaix.de. Er war von 2006–2009 einer der Sprecher und Sprecherinnen der *Kooperation für den Frieden* (Zusammenschluss 50 deutscher Friedensorganisationen und -initiativen) und ist seither Mitglied des Kooperationsrates.